

POLITIK IM NORDEN

„Was unser Dorf erlebte, war derart grauenhaft, dass das Erleben zu schildern einfach unmöglich ist. Wir hatten auch hier, vor allem durch den Londoner Sender, von dem KZ gehört, aber nie für möglich gehalten, dass die Zustände derart satanisch waren“ – so schreibt Pastor Johannes Meyer in seine Kirchenchronik von Ladelund 1944. In Ladelund und Schwesing (beide Kreis Nordfriesland) wurden Gefangene für den völlig sinnlosen Bau des Friesenwalls hingemordet. Sie standen im Novembermatsch auf den Körpern ihrer zusammengebrochenen Kammeraden und buddelten. Sie wurden erschlagen und erschossen und starben an Unterernährung. Die Aufseher wetteten, wie viele Schläge man brauche, um einen Insassen zu töten. Lange Zeit lag der Rekord bei drei Schlägen, bis auch der unterboten wurde.

Pastor Johannes Meyer ist ein Beispiel für die Erinnerungsarbeit, die Schleswig-Holsteiner leisten müssen: Er war überzeugter und früher Nazi, schrieb sogar einen Brief an Hitler, weil er nicht glauben wollte, dass dieser wisse, wie die Zustände in den KZs waren – und dennoch stellte er sich später mit vollem Bewusstsein der Verbrechen des Faschismus und schrieb die Ereignisse im KZ Ladelund nieder. Welche Widersprüche! Die Verführung und die Verfolgung des Faschismus – hier in unserem Land, ist sie beispielhaft zu besichtigen.

Orte der Erinnerung anstelle fehlender Worte „Spätere Generationen mögen es für übertrieben halten, das stimmt nicht, im Gegenteil ist unsere Sprache zu arm, die geschehenen Greul nachzuerzählen“ – so beginnt die Chronik von Johannes Meyer. Weil die Worte nicht ausreichen, brauchen wir Orte der Erinnerung. Seit 1997 können für die Erinnerungsarbeit Fördergelder der Bundesregierung abgerufen werden. Bedingungen dafür sind eine gemeinsame Konzeption aller schleswig-holsteinischen Gedenkstätten, um eine herausragende, exemplarische Ebene zu erreichen und die Kofinanzierung des Landes. 14 Bundesländer haben Fördermittel erhalten. Schleswig-Holstein hingegen ist bislang leer ausgegangen. 14 Jahre lang gibt es das Förderprogramm des Bundes und das Land ruft keine



Weil die Worte nicht ausreichen

GEDENKSTÄTTEN Schleswig-Holstein braucht ein neues Konzept, um die Erinnerung an die Schrecken der NS-Zeit aufrechtzuerhalten und das Verständnis für die damaligen Geschehnisse zu stärken.

Ein Gastbeitrag von Friederike Potakis und Robert Habeck.

Mittel ab.

Warum gelingt es in einem Land wie Schleswig-Holstein nicht, eine exemplarische Ebene der Erinnerungskultur zu erarbeiten? Am Gegenstand und an der Landesgeschichte kann es doch wohl kaum liegen. Klar ist, dass die Bedeutung des Gedenkens der Opfer des Nationalsozialismus keine Frage der Menge sein darf! Es wäre pervers, wenn wir die Zahl der Ermordeten zur Grundlage für den Anspruch auf Erinnerung machten. Wie muss also ein erfolgreiches

Konzept aussehen?

Die Verbrechen der Vergangenheit für die Gegenwart greifbar machen Was dieses Land und seine Geschichte beispielhaft zeigen kann, ist die enge Verbundenheit zwischen Militärischem und Zivilem, zwischen Verfolgung und Verführen. Die Grundlagen dafür sind bereits vorhanden. Schleswig-Holstein hat eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft und an fast einem Dutzend unterschiedlicher Orte, wird die Erinnerung an die Opfer des Na-

tionalsozialismus wach gehalten. Zum Teil gegen große Widerstände und durch beeindruckendes ehrenamtliches Engagement haben sich Orte der Dokumentation und der Erinnerung entwickelt.

Die Forderung nach einer Neukonzeption darf deshalb nicht als Kritik an den bestehenden Einrichtungen missverstanden werden. Die Erinnerungsarbeit hat nicht nur gegen chronische Unterfinanzierung zu kämpfen. Es stehen Generationenwechsel an, in denen ehrenamtlichen Struktu-

ren selbst und bei ihren Besuchern. Konkret heißt das, dass nur noch wenige Besucher einen persönlichen Bezug zu der Zeit des Nationalsozialismus haben. Viele sind zu jung, um lebende Verwandte aus dieser Zeit zu befragen und ihre Rolle als Opfer oder Täter zu hinterfragen. Andere stammen aus ganz anderen Ländern und bringen von dort eigene Erinnerungskultur und Familiengeschichte mit. Es müssen Wege gefunden werden, wie die Verbrechen der Vergangenheit auch für unsere Gegenwart greifbar werden können – vor allem für diejenigen, die die NSU kennen, aber nicht wissen, was die NSDAP war.

Hier treten dann die Täterorte aus ihrer Nebenrolle heraus.

Der Reiz des Nationalsozialismus Um ein Verständnis darüber zu erlangen, wie die Verbrechen des Nationalsozialismus möglich wurden,

muss man verstehen, welchen Reiz er ausübte hat. Überdurchschnittliche Wahlerfolge der NSDAP schon vor der Machtübernahme 1933 zeigen, dass Schleswig-Holstein von diesem Reiz besonders eingenommen war. Kaum ein anderes Bundesland kann die enge Verbundenheit zwischen Verbrechen und Verführungspotenzial der Nazis so deutlich aufzeigen. Und was, wenn nicht das, hat eine nationale Bedeutung?

Während die meisten Gedenkstätten als Opferorte auf das Gedenken der Verfolgten des Nationalsozialismus ausgerichtet sind, wird an den sogenannten Täterorten dessen Verführungskraft offenbart. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist die Neulandhalle in Dithmarschen. Im von den Nationalsozialisten in den 1930er Jahren als „Adolf-Hitler-Koog“ eingeweihten heutigen Dieksander-Koog liegt die ebenfalls

In Ladelund wurden Gefangene während der NS-Zeit für den völlig sinnlosen Bau des Friesenwalls hingemordet. Eine Gedenkstätte erinnert an ihr Leid.



innerung an vermeintlichen Ruhm des „Dritten Reiches“ angegriffen. Eine Konzeption der Neulandhalle als mahrender Erinnerungsort muss diese Tendenzen begegnen, sie in die Arbeit einbeziehen und ihr verklärendes Vergangenheitsbild aufdecken.

Die Entwicklung eines Dokumentationszentrums in der Halle, in der nicht den Opfern gedacht, sondern der Verführungskraft und Propaganda der Täter nachgespürt werden soll, kann die schleswig-holsteinische Gedenkstättenlandschaft bereichern und näher an das Ziel bringen, nationale und internationale Bedeutung zu erlangen. Denn nur wer begreift, wie es passieren konnte, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit war, den Nationalsozialisten zu folgen, kann ihre Gräueltaten einzuordnen verstehen.

Schleswig-Holsteins Potenziale Die Verführung und die Verfolgung des Faschismus – hier in unserem Land, ist sie beispielhaft zu besichtigen. Wie können die Potenziale Schleswig-Holsteins so genutzt werden, dass sie auf neue Herausforderungen reagieren, neue Generationen einbeziehen können und vom Bund mit finanzierbare Konzepte entstehen? In einem ersten Schritt in diese Richtung wurde von der Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten ein Entwicklungskonzept in Auftrag gegeben. Hier werden mögliche und nötige Maßnahmen deutlich benannt. Durch bessere Vernetzung der einzelnen Stätten soll die Arbeit in Zukunft effektiviert werden.

Die Bürgerstiftung hat einen Diskussionsprozess angestoßen und wird ihn weiter führen. Aufgabe der Politik muss es nun sein, diesen Prozess zu begleiten und zu unterstützen, um die Stärkung der Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten. Gerade in Anbetracht der aktuellen Ereignisse und der großen medialen Aufmerksamkeit, die der Kampf gegen Rechtsextremismus nun endlich erhält, muss Schleswig-Holstein den Auftritt seiner Gedenkstätten verbessern und ihnen zu einer deutlichen, gemeinsamen Stimme verhelfen.

Friederike Potakis arbeitet für die Annalindt-Stiftung. Robert Habeck ist Kulturpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag SH.